

# Ein Kommunalwahlrecht für alle!

Ari Kehr

## Forderungen in Schleswig-Holstein – Erfahrungen in der Schweiz

*Vorhandener Wohlstand und Arbeitsplätze. Das scheint eine Mehrheit von Schweizer Wähler\*innen für das kommunale Wahlrecht von Nicht-Staatsbürger\*innen stimmen zu lassen. Dies und weitere Ergebnisse nennt eine Studie von 2021.*

Ein Kommunalwahlrecht für alle. Das ist die Forderung im Antrag der Partei SSW an die Regierung in Schleswig-Holstein. Aber auch ein Wahlrecht für EU-Bürger\*innen auf Landesebene fordert die SPD. Mit ihren Anträgen fordern SSW und SPD daher eine Bundesratsinitiative. Die Initiative soll bewirken, dass das Grundgesetz ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen möglich macht (SSW-Antrag). Der Antrag der SPD sieht zusätzlich eine Ausweitung des Wahlrechts von EU-Bürger\*innen auf die Landtagswahl vor.

Die Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für alle ist dabei alles andere als neu (jedoch dringender denn je). Denn bereits vor über 30 Jahren stand im Schleswig-Holsteinischen Landtag diese Forderung zur Debatte. Damals hatten Stimmen von SPD und SSW am 14. Februar 1989 das Kommunalwahlrecht für Ausländer eingeführt. Allerdings beschränkte sich das Wahlrecht auf dänische, irische, niederländische, norwegische, schwedische und schweizerische Staatsangehörige. Die heutigen Anträge sollen Nicht-EU-Bürger\*innen und Staatenlose mit in das Kommunalwahlrecht einschließen, denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 31. Oktober 1990 machte das Kommunalwahlrecht für Ausländer in Schleswig-Holstein (und Hamburg) zunichte. Laut Argumentation des BVerfG zunichte. Laut Argumentation des BVerfG gehe der Wähler\*innenwille vom „deutschen Volke“ aus. Der Begriff „deutsch“

steht zwar nicht in Art. 20 Abs. 2 GG, aber es wurde so interpretiert.

Mit Blick auf andere europäische Länder zeigt sich, dass einige europäische Staaten bereits ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen eingeführt haben. Dabei ist aber nur Irland wirklich pragmatisch und inklusiv. Denn das kommunale Wahlrecht ist hier nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern an das Wohnrecht geknüpft. Bereits nach sechs Monaten Aufenthalt gilt das aktive und passive Wahlrecht.

### Schweizerische Motive

Was bewegt eine Mehrheit von Schweizer Wähler\*innen dazu für das Wahlrecht von Nicht-Staatsbürger\*innen zu stimmen oder was lässt sie dagegen stimmen? Eine statistische Studie aus der Schweiz hat sich die Situation zwischen 1996 und 2016 angeschaut.

Dabei stellen die Forschenden zunächst einmal fest, dass eine Erweiterung des Wahlrechts verschiedene

Vorteile mit sich bringt. Zu den Vorteilen gehört, dass (1) der Größe und Qualität der Informationen über politische Probleme eine Verbesserung wiederfährt. (2) Die Legitimität, also die Rechtmäßigkeit, von politischen Entscheidungen gestärkt wird und (3) der Anreiz für Medien über politische Themen zu berichten sich vergrößert. (4) Zuletzt nennen sie eine Verstärkung der politischen Integration von Nicht-Staatsbürger\*innen.



Neue  
Heimat  
Räume für Begegnung  
und interkulturelles Handeln

Der Umsetzung des Wahlrechts für alle auf kommunaler Ebene stehen aber Machtinteressen im Weg. So zeigt die statistische Analyse der Studie, dass die Feindseligkeit gegenüber Nicht-Staatsbürger\*innen wächst, wenn sich die Gruppe von Nicht-Staatsbürger\*innen vergrößert. Die Angst vor dem vermeintlichen Verlust der eigenen kulturellen Identität und der ökonomischen Privilegien wird dann größer. Fast immer benutzen rechts-faschistische Parteien genau diese Ängste, um auf Stimmenfang zu gehen.

Weitere Ergebnisse der Studie sind, dass genau wie bei der Einführung des Frauenwahlrechts, (1) die französisch-sprachigen Kantone die Ersten waren, die ein Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger\*innen einführen. (2) Ein Fortschrittsglaube nicht angemessen ist, denn der mehrheitliche Wille ein Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger\*innen einzuführen folgt keinem positivem Zeittrend. (3) Insbesondere dann nicht, wenn, wie die Studie zeigt, der mehrheitliche Wille ein Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger\*innen einzuführen dann sinkt, wenn die Gruppe der Nicht-Staatsbürger\*innen zunimmt.

### **Zusammensetzung der Wähler\*innenschaft**

Im Untersuchungszeitraum der Studie hat sich der Anteil der Nicht-Schweizer-Staatsbürger\*innen von 17,43 % auf 24,6 % vergrößert. Somit ist laut Forschenden davon auszugehen, dass die mehrheitliche Bereitschaft das Wahlrecht für alle auf kommunaler Ebene einzuführen, gesunken ist. Laut Studie gehört zur gesunkenen Bereitschaft die kulturelle „Verschiedenheit“ (Sprache, Religion, Einkommen) und die damit angenommene vermeintlich schlechtere Vereinbarkeit zwischen den Kulturen von Schweizer Staatsbürger\*innen und Nicht-Staatsbürger\*innen. Inwieweit dies auch Diskriminierungen gegenüber Nicht-Staatsbürger\*innen in der Schweiz bedeutet, können die Forschenden jedoch nicht sagen.

Wozu sie allerdings doch Aussagen treffen, ist über den Zusammenhang von der Erwerbslosenquote und der mehrheitlichen Bereitschaft das Wahlrecht zu erweitern. Wächst die Erwerbslosenquote, geht laut ihren Berechnungen die mehrheitliche Bereitschaft zur Ausweitung des Wahlrechts auf Nicht-Staatsbürger\*innen zurück.

Migrant\*innenfeindliche Einstellungen, der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und ein ökonomischer Abschwung werden auch in anderen Studien in einem Zusammenhang gebracht. Dabei besteht m. E. allerdings das Risiko, dass Rassismus in unserer Leistungsgesellschaft und dessen Feindlichkeit gegenüber Armen zum Problem „der Armen“ gemacht wird. Von den tatsächlichen Ursachen für Rassismus, wie zum Beispiel eine von nicht von Rassismus und/oder Klassismus Betroffenen durchgesetzte und fortgesetzte Dumpinglohn-Politik, wird somit abgelenkt.

Was allerdings die mehrheitliche Bereitschaft zu begünstigen scheint, ist die Größe der sozialdemokratischen Partei. Laut Studie ist sie in der Schweiz die am weitesten links positionierte Partei. Je ein Prozent Zuwachs der sozialdemokratischen Partei, wächst die mehrheitliche Bereitschaft das Wahlrecht zu erweitern um 0,3 Prozent. Demgegenüber stünden wiederum Pensionäre, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie aufgrund einer mehrheitlich konservativeren Einstellung die Bereitschaft wieder zum Sinken bringen.

Der generelle Ausblick der Studie ist, dass die Bereitschaft das Wahlrecht auch für Nicht-Staatsbürger\*innen zu schaffen, dann wächst, wenn die Konjunktur positiv ist und Erwerbsszahlen hoch sind. Sie empfehlen für weitere Studien die Berücksichtigung von individuellen Daten der Wähler\*innenschaft, um bessere Aussagen über diskriminierende Motive zu erhalten.

Studie: Koukal et. al (2021): Enfranchising non-citizens: What drives natives' willingness to share power. *Journal of Comparative Economics* 49 (1088 – 1108).

Weitere Quellen: FES-Papier (2008): Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich. Werner T. Bauer. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP).

Ari Kehr ist Projektleitung im Projekt „Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln“ beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

**Transparenz  
und Respekt**

AMIF-Projektpartnerschaft zur Förderung  
des gesellschaftlichen Zusammenhalts